



Niederschrift

45. Plenarsitzung des Gemeinderates
20. Dezember 2022, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

28.

Punkt 26 der Tagesordnung: Einbringung der Haushaltssicherungsmaßnahmen Vorlage: 2022/2120

Beschluss:

Kenntnisnahme

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 26 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss am 6. Dezember 2022.

Ich möchte auf die veränderte Vorlage hinweisen. Ich darf noch mal kurz auch für die Öffentlichkeit erläutern, worum es hier geht. Wir haben hier etwa 200 Maßnahmen aufgelistet, die aus einem dreivierteljährigen Prozess innerhalb der Verwaltung hervorgegangen ist, mit dem Ziel, am Ende in der erwarteten Haushaltsaufstellung für das Jahr 2024 fortfolgend im Ergebnishaushalt 60 Millionen einzusparen, um damit in die Genehmigungsfähigkeit dieses Haushaltes zu kommen.

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanken bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, denn alle waren einbezogen und konnten sich einbeziehen lassen, dass wir dieses große Ziel erreicht haben und jetzt diese 60 Millionen hier in den 200 Maßnahmen auch vorstellen. Das ist eine enorme Leistung, die uns, glaube ich, vor einem dreiviertel Jahr nicht alle zugetraut hätten. Ein Teil dieser Maßnahmen ist eine Aufgabe der laufenden Verwaltung. Die würden Sie dann eben auch zur Kenntnis nehmen. Ein anderer Teil dieser Maßnahmen ist eine Entscheidung, die wir von Ihnen dann abverlangen, wenn wir diese Projekte in den nächsten Haushaltsentwurf einstellen bzw. weil es oft auch um Satzungen und Ähnliches geht, werden wir schon im nächsten halben Jahr manches vorgezogen mit Ihnen fachlich diskutieren und dann auch eigene Entscheidungsbeschlüsse für Sie vorbereiten.

Wir verlangen von Ihnen heute nicht, dass Sie dem heute schon zustimmen, aus zwei Gründen. Zum einen müssen wir viele Details sowieso noch mal in eigenen Vorlagen bringen, und dann macht es keinen Sinn, dass wir es heute einmal beraten und dann anschließend abstimmen und dann am Ende noch mal mit Ihnen alles neu bestimmen. Zum anderen müssen wir ja feststellen, dass die damalige Prognose zur Haushaltsaufstellung für das Jahr 2024 sich mittlerweile durch Inflation, steigende Energiepreise und vieles andere mehr doch noch mal ein bisschen überholt hat und wir in eine nächste Sparrunde einsteigen müssen auf dem Weg zur Haushaltsaufstellung. Da könnte es durchaus sein, dass Sie heute eine Maßnahme ablehnen würden, und im nächsten Sommer sind Sie froh, wenn Sie die noch haben und nicht dem zustimmen müssen, was wir Ihnen sonst noch vorschlagen. Deswegen ist es im Moment auch ein bisschen unrealistisch, vielleicht über diese Liste, wie sie jetzt hier so vorliegt, als endgültiges Ergebnis großer zusammengetragener Weisheit zu diskutieren. Insofern schaffen wir heute etwas, was, glaube ich, sonst in der Geschichte noch nicht vorgekommen ist. Wir verraten Ihnen nämlich schon sieben Monate vorher, an welchen 200 Stellen wir versuchen, das Budget zu verändern. Wir geben Ihnen da eine Möglichkeit und übrigens auch der Öffentlichkeit, und die Berichterstattung heute hat ja ein erstes Thema aufgegriffen, nämlich mit dem Medienbus, diese Dinge jetzt in der Gesellschaft und auch in der Politik ausführlich zu diskutieren und dann wird man bei der Haushaltsaufstellung sehen, wie sich dann gegebenenfalls die Mehrheiten dazu verhalten. Vielleicht wird das eine oder andere aber auch für uns als Verwaltung bis dahin noch mal zu hinterfragen sein. Da kommen dann noch andere Maßnahmen dazu, das ist klar, aber da müssen wir uns halt jetzt erst mal ranmachen, die wiederum als Verwaltung gemeinsam zu entwickeln.

Von daher gibt es drei Maßnahmentypen. Eine Maßnahme ist etwas, was die Verwaltung ganz alleine machen kann, das werden Sie voraussichtlich eins zu eins so im Haushaltsentwurf wiederfinden, und wenn Ihnen das dann nicht gefällt, können Sie es ja über Änderungsanträge ändern. Dann gibt es Maßnahmen, da brauchen wir Ihre Zustimmung. Die werden wir gründlich vorbereiten und dann teilweise schon bis zum Haushalt und teilweise erst in den Haushaltsberatungen selber durch eigene Beschlussvorlagen Ihnen noch mal zur Abstimmung stellen, aber Sie sind heute schon mal ein Stück weit darauf vorbereitet und wissen, wohin wir denken. Sie werden uns sicherlich gleich in der Debatte auch rückmelden, was wir aus Ihrer Sicht denken sollten, und damit haben wir eine gute Ausgangslage, um dann gemeinsam in diese Haushaltsaufstellung zu gehen, darum geht es.

Ich darf mich an der Stelle auch über die intensive Vorberatung in den Fachausschüssen auch in der Strukturkommission bedanken und finde es auch wirklich enorm, dass die 200 Maßnahmen auch, bevor wir sie dann vor einer Woche hochgeschaltet haben, nicht den Weg in die Öffentlichkeit gefunden haben, obwohl es in ganz vielen Fachausschüssen seit Oktober schon diskutiert wird. Das ist auch etwas, was, glaube ich, relativ einmalig ist und wo ich mich aber ausdrücklich bedanke und wo sich noch mal zeigt, dass den langen Zeitvorlauf, den wir jetzt immer noch haben, dass das eigentlich eine gute Sache ist, wenn man versucht, möglichst frühzeitig miteinander schon über Dinge zu diskutieren, und dann hat man auch die Gelassenheit, es erst mal miteinander zu diskutieren und dann mit allen anderen anschließend auch noch mal. Das vielleicht als kleine Einführung noch mal in die Mechanik, die jetzt sich hinter dieser Informationsvorlage verbirgt.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin, ein zentrales Thema, das ich hier heute ansprechen werde, das

können Sie sich vorstellen, wir GRÜNE stehen voll und ganz hinter dem Karlsruher Klimaschutzkonzept und mit den Kürzungen, mit der Reduktion des Klimaschutzfonds und der Kürzung des Sammelansatzes, die in Anlage 2 dieser Informationsvorlage aufgeführt sind, sind wir GRÜNE nicht einverstanden. Im Bereich Klimaschutz sind wir ohnehin schon behindert durch den Investitionsstau. Da wären aus unserer Sicht ja noch ganz andere Mittel notwendig. Doch das werden wir ja auch bei dem Aufstellen des Haushalts sehen. Vielleicht ist ja dann doch an der einen oder anderen Stelle auch eine Umschichtung und dadurch vielleicht sogar ein Mehr an Klimaschutz enthalten. Die Hoffnung stirbt ja bekanntlich zuletzt.

Sie haben verhandelt, Sie haben sich Ziele gesetzt und ehrlicherweise, also ich hätte diese Gespräche nicht führen mögen, und wenn wir uns jetzt den Ausblick ansehen, den Sie hier am Ende dieser Informationsvorlage präsentieren, dann steht ja noch ein weiteres Sparpaket bevor, bevor Sie uns dann im Sommer diesen Haushaltsentwurf präsentieren werden. Deshalb an dieser Stelle ein großes Dankeschön an Sie, dass Sie uns, dass Sie die Öffentlichkeit so jetzt mitnehmen in diesen Prozess der Aufstellung und dass Sie, wie Sie es gesagt haben, uns so ein paar Sachen jetzt schon verraten. Wir müssen uns dann im Blick auf den gesamten Vorschlag noch mal die einzelnen Maßnahmen ansehen. Es war klar, dass es Kürzungen geben wird. Es war klar, dass diese Kürzungen auch wehtun werden, und es ist auch klar, dass wir sparen müssen, aber manche Kürzungen werden durch Synergien gelöst werden können, aufgefangen werden können. Andere werden ganz einfach einen Verzicht darstellen müssen und wieder andere, die eben im Bereich Klimaschutz schon genannten, sind für uns nicht hinnehmbar. So zum Beispiel auch die Gewinnabführung der Volkswohnung, wie wir vorgeschlagen, die, dadurch, dass sie in beiden Jahren erfolgen soll, hier eventuell eine Tradition der Gewinnabführung die Weichen stellen könnte, und da müssen wir auch jedenfalls noch mal drüber reden. Bei der Preisentwicklung der Inflation, Sie haben diese Themen ja auch schon angesprochen und aber auch bei dem Investitionsvorhaben, die wir in diesem Bereich haben, die da auf die Volkswohnung zukommen, können wir das sozialpolitisch in dieser Form nicht vertreten. Dabei ist auch klar, und das habe ich in einer anderen Rede heute schon gesagt, dass die Stadt nicht alle Lücken schließen kann. Nicht alle Versäumnisse auf Bundes- und Landesebene können wir hier auffangen, und doch müssen wir genau hinschauen, und das teile ich mit Ihnen, dass uns niemand durch den Rost fällt. Wir müssen prüfen, dass nicht jeder eingesparte Euro uns in Zukunft zig tausende Euro kosten wird. Das müssen wir bis zur Haushaltsaufstellung einfach noch mal durchgehen. Hier nenne ich Themen wie beispielsweise die Schüler*innenbeförderung oder die Pflege. Vielleicht ist aber ja auch bis dahin, bis zu unserer Haushaltsaufstellung, auf anderer Ebene schon der eine oder andere Lückenschluss gelungen. Vielen Dank.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich kann mich dem Dank an die Verwaltung und vor allem auch an das Finanzdezernat nur anschließen. Ich war ja einer der Skeptiker im Vorfeld und habe gesagt, das klappt nicht, dass man sich selbst zu so großen Sparzwängen bringt, und ich muss hier zu Kreuze kriechen und sagen, das ist sehr gut gelungen. Vielen Dank für diese Geschichte. Alldieweil, wenn ich den Vortrag gerade von der Kollegin Fahringer gehört habe, fehlt mir noch der Glaube, dass es nachher durchgesetzt wird entsprechend. Das wird natürlich dann nachher die Krux auch sein, zumal dies, was die Kollegin auch eben gesagt hat, ja erst der erste Schritt ist und ein weiterer wahrscheinlich in ähnlicher Höhe erfolgen wird. Da wird es dann nicht ohne Einschränkung von Aufgaben gehen. Dies muss man ganz klar sagen. Hier werden wir uns von Aufgaben dann auch trennen müssen, und da bin ich dann auch gespannt, was die Kollegin dann für Einsparvorschläge entsprechend

bringt, dass man da diese Dinge, die Sie eben rausnehmen, dann entsprechend auch wieder als Einsparvorschlag danach hat.

Von den über 200 Vorschlägen können wir fast alles auch so mit schwerem Herzen, denn jede Sparmaßnahme tut weh, mittragen, aber ich möchte doch auf vier, fünf Sachen ganz kurz eingehen. Wie bekannt werden wir definitiv nicht die Ertragssteigerung bei Einführung der Gelben Tonne mittragen, denn es ist unserer Meinung nach eine Mogelpackung. Es funktioniert nicht, wenn bereits jetzt nicht richtig eingeworfen wird, wird auch dann nicht richtig eingeworfen, und im Endeffekt werden Mehrkosten auf uns zukommen. Es ist eine deutliche Verschlechterung für den Bürger, für die Bürgerinnen und Bürger. Von daher können wir das so nicht mittragen. Genauso kann es nicht sein, auch gestern wurde es in der BNN schon geschrieben, wir sind bereits jetzt Spitze im Bereich des Anwohnerparkens, dass wir dies jetzt noch mal verdoppeln. Das ist so eine Belastung für die Bürgerinnen und Bürger. Auch hier können wir das nicht mitgehen. Die weiteren Sachen sind Kleinigkeiten, aber ich denke mit großer Wirkung. Das hatten wir auch schon im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen gesagt. Da geht es um den Zoo-Eintritt für Kinder unter 4 Jahren. Ich denke, das ist keine Maßnahme, wo wir die Jüngsten drunter leiden lassen sollten und, was wir sicherlich auch nicht wollen, weil es schwierig ist für die Bürgerinnen und Bürger, dies nachzuvollziehen, ist, wenn man einen Rückbau des Wildgeheges jetzt macht, wenn vielleicht in zehn Jahren dieser Polter kommen wird. Also, von daher, glaube ich, wird es schwierig. Also, dies wären unsere Punkte. Ich denke, wir werden versuchen, für diese Punkte, die wir hier auch rausnehmen, entsprechende Gegenvorschläge zu bringen, wie man das Ganze finanzieren kann dann auch, aber das wird sicher auch keine einfache Lösung sein und eins ist doch klar, Sparen ist nicht sexy und wird uns auch sicherlich nicht bei den Bürgerinnen und Bürgern zu mehr Freude verführen, aber wir müssen es machen, um in Zukunft auch weiter solide zu sein, danke schön.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Es sind große gesellschaftliche Veränderungen und Herausforderungen, denen wir uns in den nächsten Jahren stellen müssen und das gelingt nur, wenn wir weiterhin den Schulterschluss zwischen Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik schaffen und, die zweite Bedingung ist, wir genügend Spielraum in unserem Haushalt haben, um dann gezielt Mittel diesen Herausforderungen gegenüberzustellen. Unser derzeitiger Haushalt, das ist kein Geheimnis, hat große strukturelle Defizite und erlaubt uns eben nicht, diese gezielte Finanzierung von einzelnen Maßnahmen zu machen oder nur unter sehr, sehr großem Aufwand, wie wir das in den letzten Jahren zum Beispiel beim Klimaschutz gemacht haben. Es ist deswegen klar, dass wir sparen müssen, und wir haben es ja schon gehört, es sind über 200 Maßnahmen, die uns heute hier vorgelegt wurden.

Ich möchte mich als allererstes mal ganz herzlich bedanken im Namen meiner Fraktion bei den vielen, vielen Menschen, die da mitgewirkt haben. Es sind die Dezernentinnen und Dezernenten, die Amtsleitungen, es sind die vielen Personalvertretungen in den Dienststellen, das ist der Gesamtpersonalrat, und es sind alle anderen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung. Ich weiß auch aus eigener Erfahrung, dass es ein Riesenprozess ist und dass ein weiterer großer Schritt ja noch voraussteht, und deswegen erst mal ganz herzlichen Dank. Natürlich ist es so, dass auch wir als Sozialdemokraten bei dem einen oder anderen Punkt Probleme haben, weil sie natürlich sehr tief in unsere politische DNA eingreifen. Einige Punkte haben wir heute schon gehört, ich möchte sie aber trotzdem an der Stelle auch wiederholen. Ich fange mal mit dem Medienbus an als Kultur- und Bildungseinrichtung, die gerade für die dezentralen Stadtteile von unglaublicher Bedeutung ist, dezentrale

Stadtteile, die keine Stadtteilbibliotheken haben. Ich möchte weitermachen bei der Beförderung der Kinder in den Grundschulförderklassen, wo wir wissen, dass viele von ihnen eben nicht den ÖPNV nutzen können, weil sie vielleicht nicht die Befähigung dazu haben. Das ist auch ein Punkt, der für uns extrem schwierig ist, wo wir auf jeden Fall noch einiges an Redebedarf haben. Der große Brocken, die Gewinnabführung der Volkswohnung ist ja ein ewiger Zankapfel hier im Stadtrat. Auch hier sind wir, denke ich, bereit, Kompromisse zu machen, aber wir sehen einfach diese wahnsinnige Herausforderung, die auf die Volkswohnung zukommt in den nächsten Jahren. Es sind einerseits energetische Sanierung, die Pflege des Bestands, andererseits aber natürlich auch massiv gestiegene Energie- und Baupreise, und wir müssen einfach klären im Detail, ob es überhaupt möglich ist, diese Gewinnabführung betriebswirtschaftlich sinnvoll umzusetzen. Das ist etwas, das man wirklich diskutieren muss im Aufsichtsrat, aber auch in der Strukturkommission. Es gibt weitere Maßnahmen, die ich nur kurz anschnitten möchte, zum Beispiel die Eintrittspreiserhebung für 4-Jährige im Zoo, bisher war es ja 6 Jahre. Das ist was, was uns sehr wehtun würde. Die Beamt*inbeförderung, Verschiedenes, was, wo wir denken, dass wir als Arbeitgeber Stadt Karlsruhe durchaus an Attraktivität verlieren können, und die Privatisierung der Reinigungsarbeiten, was ja noch mal ein Riesebrocken ist, den wir, glaube ich, aber auch über den Gesamtkonzern Stadt mal noch diskutieren müssen. Das sind einige Maßnahmen. Trotzdem möchte ich abschließend sagen, dass wir mit dem Großteil der 200 Maßnahmen ohne großen Widerstand mitgehen können.

Stadträtin Böringer (FDP): Studium der Vorlage, da kam mir ein Zitat aus Heinrich von Kleist, Käthchen von Heilbronn, in den Sinn. Die Freifrau Kunigunde von Thurneck wird vom Käthchen ertappt, als sie ihre schöne Gestalt ablegt und sich eine hässliche Wahrheit offenbart. Voller Zorn lässt Kleist die Ertappte sagen, „Es wäre besser, du rissest dir die Augen aus, bevor sie der Zunge anvertrauen, was sie gesehen“, soweit Heinrich von Kleist. Nun bin ich nicht das 19-jährige Käthchen, jedoch waren meine Augen gleichermaßen sprachlos. Diese Vorlage betont deutlich die politische Schiefelage. Der Vorsitzende der Verwaltung vermischt seine Rolle mit dem Vorsitzenden des Gemeinderats. Was in der Verwaltung gelegentlich nicht funktioniert, soll nun der Ratsbeschluss richten. Ja, die Baden-Württembergische Gemeindeordnung erwartet von einem Oberbürgermeister diese Doppelrolle. Es ist jedoch wie im Theater, es gibt keine schlechten Rollen, nur Darsteller. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Zustimmung, in Anführungszeichen, zu dieser Vorlage bedeutet Beschneidung des Königsrechts des Gemeinderats. Wer heute zustimmt, verliert seinen Handlungsspielraum bei den Haushaltsberatungen. Wir haben ja gerade gesehen, es wird schon diskutiert über einzelne Maßnahmen. Das haben wir bei der Vorstellung des Konzepts bereits zum Protokoll gegeben. Die Vorlage ist nicht lediglich eine Kenntnisnahme, sondern letztlich auch eine Aufforderung, und diesen Schachzug erkennen wir. Ich bin überzeugt davon, dass Herr Oberbürgermeister natürlich sich der Zustimmung, sage ich mal, der Großen Koalition bewusst sein kann. Ich finde es unverständlich, dass Fraktionen in diesem Rat heute sehenden Auges mehr oder weniger Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger hinnehmen. Wir werden das nicht tun. Gemäß dem Zitat, „Es wäre besser, du rissest dir die Augen aus“, werden wir die vermeintliche Kenntnisnahme heute ebenfalls ablehnen. Ich ende noch mal mit Kleist. Er schrieb nämlich an Wilhelmine von Zenge, was ist besser, gut sein oder gut handeln. Jetzt bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit.

Stadtrat Schnell (AfD): Sparen, sparen und nochmals sparen heißt die Vorgabe aus dem Regierungspräsidium, wenn wir den nächsten Haushalt überhaupt genehmigt bekommen wollen. Nun, die Stadt hat sich zwar redlich bemüht, und wir bedanken uns explizit für

diese Aufstellung. In der Summe ist für uns dabei aber immer noch zu wenig an Sparen und zu viel an Ertragssteigerungen dabei, was fast ein Viertel des geplanten Einsparvolumens von round about 60 Millionen ausmacht. Ertragssteigerungen, nichts anderes als ein hübscher Euphemismus dafür, dem Bürger noch tiefer in die Tasche zu greifen als bislang. Die Stadt trägt damit ihr Scherflein zur ohnehin bereits hohen Inflation bei und vergisst dabei eines. Inflation ist der größte Armutsbringer für alle, die noch mit ihrer eigenen Hände Arbeit oder ihren früheren Einzahlung in die Rentenkasse ihren Lebensunterhalt selbst finanzieren und damit bislang über die Runden kamen.

Die AfD, die als einzige Partei bereits für den letzten Haushalt in einer Höhe von rund 60 Millionen Einsparvorschläge gemacht hatte, wird diese Vorschläge der Stadt zur Haushaltssicherung in Summe so nicht mittragen, jedenfalls nicht, solange weiterhin Unsummen für ein angesichts der jedes Jahr steigenden CO₂-Emissionen von Ländern wie China oder Indien völlig sinnlos in sogenannten Klimaschutz hier in Karlsruhe ausgegeben werden, und Herr Hofmann, wir sind keine Klimaleugner. Wir sagen nur, die Maßnahmen, die wir hier machen, die ändern nichts am Weltklima. Für Klimaanpassung haben wir kein Problem, wenn da Mittel ausgegeben werden, aber für den sogenannten Klimaschutz brauchen wir die hier nicht, aber, und ich lehne mich jetzt ein bisschen weit aus dem Fenster, ohne das vorher mit unserem Fraktionsvorsitz abgesprochen zu haben, wir beabsichtigen, für die Teile, denen wir nicht zustimmen wollen, alternative Sparvorschläge in den Haushaltsberatungen vorzulegen. Es wird ja wohl noch eine weitere Sparrunde auf uns zukommen, weil die Energiepreise aufgrund der völlig verfehlten Politik der Ampel und ihrer Vorgängerregierung völlig abheben und damit Waren und Dienstleistungen weiter verteuern. Da bin ich dann wirklich gespannt, was die Stadt da noch einsparen will. Ich gehe davon aus, dass die zweite Runde dann ausschließlich auf Einnahmemehrungen setzt. Falls Sie dagegen doch noch sparen wollen, einfach die AfD fragen. Uns fällt da noch so einiges, völlig Überflüssiges ein, auf das wir hier in Karlsruhe problemlos verzichten können.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Also, Weihnachten ist ja bekanntlich die Zeit der Schokolade und irgendwie erinnert mich die Vorlage der Verwaltung ein bisschen an den Slogan vom Kinder-Überraschungsei, bei jedem siebten Ei ist etwas Besonderes dabei. Zu dem siebten Ei komme ich gleich, erst mal zu den anderen sechs Eiern, weil ich finde die eigentlich immer ganz charmant, weil man erwartet nicht viel, man bekommt danach eine Schokolade, und eigentlich ist das, was drin ist, total in Ordnung, und das sind auch viele der Maßnahmen, die von der Verwaltung drinstecken. Da sind so schöne Sachen, wo man tatsächlich auch positiv überrascht wird. Man verzichtet auf Feuerwerk, spart Geld, macht Klimaschutz. Man reduziert Straßeninstandhaltung - ehemaliger LINKEN-Antrag, dafür wurde ich damals auch abgewatscht inhaltlicher Art, hat sich jetzt doch bestätigt, dass es Möglichkeiten gibt. Wir haben auch Themen wie Anwohnerparken, Bußgeldeinnahmen, geringere Standards bei Geschenken, schlankere Prozesse, also vieles, was man definitiv mittragen kann, was positiv ist, auch wenn an manchen Stellen große Fragen wie schlankere Entscheidungsstrukturen noch nicht da sind.

Aber jetzt komme ich zum siebten Ei, und das ist das, wo ich tatsächlich persönliche Kindheitserfahrung habe, nämlich meistens war dieses siebte Ei eine Enttäuschung. Auch wenn man sich sehr gefreut hat dafür, dass da was Tolles dabei rauskommt, sind tatsächlich schwierige Sachen dabei. Um mal ein paar Beispiele zu nennen, Soziales ist uns wichtig, Beitragserhöhung Kita-Einrichtungen ein wichtiger Beschluss, den wir hier fällen müssen. Das kann man so diskutieren, das ist aber etwas, was wir dann so kommunizieren müssen.

Teurere Mittagessen, Streichung Berufseinstieg, Bäder werden teurer, innovative Pflege, Reduzierung Schülerbeförderung. Also, eine Reihe von Maßnahmen, die schon an Kern-Agenda-Punkten von Sozialem im Haushalt herangehen, während Klimaschutz beitrags-städtischer Beteiligung, wo es ja vor allem um die Verkehrsbetriebe geht. Das sehen wir jetzt einen Widerspruch zwischen, wir müssen investieren in den Ausbau der Schienen und gleichzeitig sind wir gefangen in den Auflagen des Regierungspräsidiums, immer weniger ausgeben zu dürfen. Weiter die Reduzierung beim Sammelansatz Klima und genauso bei Themen der Kultur. Da gibt es beim Badischen Staatstheater eine Maßnahme, die mich persönlich überrascht hat, während wir die Diskussion der Vergangenheit sehen über Themen beim Badischen Staatstheater zum Thema Steine und Infrastruktur.

Es gibt sinnvolle Themen und am Ende auch Personal, was überraschend ist, wie etwa weniger Stellen am HGW, Vorschläge wie Outsourcing bei der Reinigung - was mir eine Idee scheint, die etwas aus der Zeit gefallen scheint, dass wir noch über Outsourcing diskutieren, aber das ist nur eine persönliche Randbemerkung - und Brücken und noch ein Thema Gleichstellungsbüro wird auch reduziert. Also eine ganze Reihe von Maßnahmen, wo ich persönlich sage, die sehen wir nicht als LINKE, und die lehnen wir auch ab, und wir sehen sie auch nicht in unserer Zielsetzung einer sozialen klimafreundlichen und auch kulturpolitisch starken Stadt. Das heißt, wir werden in den Rahmen des Prozesses sicherlich andere Vorschläge einreichen, wo wir einsparen müssen, und es gibt schon noch ein paar Themen, die wir diskutieren müssen, und am Ende, und ich komme zum Schluss, hoffe ich tatsächlich, dass von der Verwaltung zum nächsten Weihnachten die nächsten Überraschungseier, die dann geliefert werden, tatsächlich noch mal positive Überraschungen beinhalten. Vielen Dank erst mal und ich glaube, unser Standpunkt ist klar.

Stadtrat Kalmbach (FWJFÜR): Ich kann leider keine Eier bringen hier, auch keine Schokoladeneier, aber die Überraschung eigentlich schon für mich ist die, dass die Verwaltung so zügig und so viele Vorschläge gemacht hat, da staune ich schon. Es kommt mir vor, als ob wir sozusagen durch ein großes Gebäude mit vielen Zimmern wandern und entdecken hier was und entdecken da was, und ich glaube, da gibt es noch viel zu entdecken, was so im Lauf von 10-jähriger oder 20-jähriger Haushaltspraxis sozusagen ein bisschen übersehen wird. Ich glaube, da ist nun manche Überraschung drin, was wir tatsächlich noch mit in diesen Haushalt, in den Sparhaushalt, einbringen können.

Also ganz grundsätzlich zunächst mal mein Kompliment für die gute Arbeit. Sie laufen hier zur Höchstform auf, das wird auch noch nötig sein. Wo wir überhaupt nicht mit können, ich will einfach nur fünf Punkte nennen, ist natürlich die Sache mit der Roten Tonne. Da werden jetzt schon 4,7 Millionen reingeschrieben, die sind noch gar nicht richtig eruiert. Das ist noch gar nicht richtig durchdiskutiert, und deswegen können wir da auch zunächst mal nur Nein sagen. Dann auf zur Erhöhung vom Budget für Anwohnerparken, das zu verdoppeln, das geht so für uns auch in dieser Weise nicht. Wir finden es auch ausgesprochen schade über die Natur einfach, die so überall gelobt wird für die Naturverbände, wenn man das einfach so einkassiert, finde ich das, finden wir das einfach nicht passend. Genauso die Kurzzeitpflege, die ein wichtiges Element ist, da würden wir auch nicht dabei sein. Also, so gibt es einige Punkte, wo wir sagen, nein, da geht es nicht, aber ich glaube, wenn man durch das Haus geht, kann man das eine oder andere finden und ich glaube nach wie vor, was Aufgabenkritik angeht, sind wir noch gar nicht wirklich drin. Wir sind auch noch an der Oberfläche, aber was richtig Einschnitte bedeutet, was nice to have ist und auf was

man wirklich verzichten kann, das ist nicht miteinander diskutiert und da, glaube ich, liegen noch einige Brocken drin, die wir uns sparen können.

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank. Ich hätte nicht gedacht, dass eine Vorlage mit so viel Haushalt zu solchen literarischen Höhenflügen hier anregt. Das ist sehr ungewöhnlich. Herzlichen Dank für das Dankeschön und auch für die kritischen Rückmeldungen. Das werden wir natürlich alles auch aufnehmen. Das mit dem Käthchen habe ich nicht ganz verstanden, das gebe ich zu. Ich hoffe, dass sich niemand jetzt die Augen auskratzt und möchte mich aber, Frau Stadträtin Böringer, schon noch mal gegen den Vorwurf verwahren, dass wir irgendein Haushaltsrecht oder Königsrecht hier nicht beachten, sondern wir machen das, was von uns verlangt wird, nämlich einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen, und bei allen Themen, die dabei dann in die Entscheidungshoheit des Gemeinderats fallen, werden wir natürlich separat von Ihnen bei den Haushaltsberatungen, teilweise auch vorher schon, die Zustimmung holen müssen. Das ist doch selbstverständlich. Bei allen anderen Themen können Sie ja auch in Ihrem Belieben dann bei den Haushaltsberatungen andere Schwerpunkte setzen oder Veränderungen vornehmen. Also, ich sage mal so, Sie haben jetzt eher eine längere Vorbereitungszeit auf das, was wir vielleicht im Schilde führen, als das normalerweise der Fall wird. Insofern habe ich diesen Vorwurf nicht verstanden und verwahre mich auch an dieser Stelle ausdrücklich dagegen.

Damit haben Sie, und das ist in allen Wortmeldungen deutlich geworden, die Informationsvorlage zur Kenntnis genommen, und damit können wir den Tagesordnungspunkt abschließen.

Wir kommen damit eigentlich jetzt noch mal zur zweiten Lüftungspause. Mit Ihrem Einverständnis kürzen wir die auf 20 Minuten und treffen uns um halb wieder. Dann haben wir doch die Chance, das bis um 21:00 Uhr hinzukriegen. Vielen Dank, um 19:30 Uhr wieder hier.

(Unterbrechung der Sitzung von 19:10 – 19:30 Uhr)

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
9. Januar 2023